

Inhaltsübersicht

§ 1 Einleitung	37
I. Einführung in die Thematik.....	37
II. Erste Bestandsaufnahme.....	38
III. Ziele der Untersuchung	40
IV. Zur Terminologie.....	42
§ 2 Die Reform der Landesverfassungen im Kontext	46
I. Die historische Entwicklung des Länderparlamentarismus	46
II. Die gegenwärtigen Regierungssysteme in den Bundesländern.....	50
III. Der Länderparlamentarismus im mehrstufigen Bundesstaat.....	58
IV. Der deutsche Länderparlamentarismus im internationalen Vergleich ...	63
V. Reformbestrebungen in Bund und Ländern im Überblick	68
§ 3 Aktueller Stand der Diskussion	69
I. Skepsis bei <i>Theodor Heuss</i> ?	69
II. Die Entwicklung der Theorie bei <i>Theodor Eschenburg</i>	70
III. Die Kritik des Länderparlamentarismus bei <i>Wilhelm Hennis</i>	73
IV. Erster Anklang in jüngerer Zeit bei <i>Oschatz</i>	75
V. Der neue Diskussionsanstoß durch <i>Hans Herbert von Arnim</i>	75
VI. Die Direktwahl als Forderung der <i>Frankfurter Intervention</i>	79
VII. <i>Hans H. Klein</i> als schärfster Kritiker	80
VIII. Die Befürwortung der Direktwahl durch <i>Brun-Otto Bryde</i>	84
IX. Die Thesen <i>Albert Janssens</i>	86
X. Die jüngste Untersuchung von <i>Hartmut Maurer</i>	90
XI. Weitere Äußerungen.....	92
§ 4 Versuch einer Systematisierung der Streitpunkte und Argumente	94
I. Streit über Konsequenzen und Streit über deren Bewertung	94
II. Keine Beschränkung auf den bisherigen Diskussionsstand	95
III. Gegenständliche Ordnung	96
§ 5 Methodik der Untersuchung	109
I. Die beiden methodischen Aufgaben	109
II. Das Problem der Maßstäbe.....	110
III. Das Problem der Vorhersage	112

§ 6 Die Direktwahl als Element unmittelbarer Demokratie	123
I. Mehr Einfluss durch Direktwahl?	123
II. „Natürlicher Vorrang“ direkt-demokratischer Elemente?	138
III. Bedenken gegen direkt-demokratische Elemente	148
IV. Politischer Einfluss und Politikverdrossenheit	156
§ 7 Die demokratische Legitimation in den Bundesländern	163
I. Das Erfordernis demokratischer Legitimation	163
II. Das Wesen demokratischer Legitimation	167
III. Das Richtmaß für die Verteilung demokratischer Legitimation	175
IV. Aufgaben und Befugnisse der Bundesländer und ihre Verteilung innerhalb der Bundesländer	184
V. Fazit – Folgen im Hinblick auf den Grundsatz der Akzessorietät von Machtausübung und Legitimationserfordernis	192
§ 8 Die Gewaltenteilung in den Bundesländern	194
I. Die Landesverfassungsgerichte	194
II. Die „Stärkung“ des Ministerpräsidenten	199
III. Die Verschiebung in der Entscheidungszuständigkeit über die Person des Ministerpräsidenten als Ausgangspunkt	202
IV. Kompensierung durch Mitwirkung des Landtages bei der Regierungsbildung?	215
V. Der Landtag als pluralistisches Organ und die Parteien	218
VI. Auswirkungen auf die Landtage als Volksvertretung	238
VII. Die Kontrolle der Regierung als Ausdruck der Gewaltenteilung	242
VIII. Der Landtag als Gesetzgeber	254
IX. Fazit: Belebung der Gewaltenteilung auf Landesebene	256
§ 9 Die Orientierung der Landespolitik am Gemeinwohl	258
I. Die Bedeutung der Frage nach dem Qualitätsmaßstab	258
II. Ausgangspunkt <i>Lincoln</i> -Formel: Demokratie als Entscheidung für das Volk	258
III. Das Problem der Beantwortungskompetenz	259
IV. Folgen für die Untersuchung	259
V. Gemeinwohl – was ist das?	260
VI. Gemeinwohl und Personalentscheidungen	266
VII. Gemeinwohl und Sachentscheidungen	274
VIII. Demagogie als unreflektierte Identifizierung mit Allgemeininteressen	283
IX. Fazit: (Gemeinwohl-)Optimierung der politischen Entscheidungsprozesse	285

X. Annex: Die veränderte Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung	286
§ 10 Die Direktwahl im Gefüge des deutschen Bundesstaates.....	289
I. Die Autonomie der Bundesländer – Soll und Ist	289
II. Ursachen für den Verlust sachlicher Autonomie	293
III. Auswirkungen einer Direktwahl der Ministerpräsidenten auf die Länderautonomie.....	305
IV. Auswirkungen auf den Bund	314
V. Auswirkungen auf den Gesamtstaat: Wider dem Verschiebebahnhof für parlamentarische Verantwortung	320
VI. Auswirkungen im Hinblick auf die Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union.....	321
VII. Ausblick: Die Direktwahl vor dem Hintergrund der Entwicklung der Europäischen Union	325
§ 11 Ergebnis, Ausgestaltung und weitere Reformschritte.....	327
I. Fazit: Präsidialsystem für die Länder?.....	327
II. Die Ausgestaltung des Regierungssystems auf Grundlage einer Direktwahl	334
III. Flankierende Maßnahmen	351
IV. Mögliche Anschlussreformen.....	357
§ 12 Zulässigkeit der Einführung eines Präsidialsystems in den Ländern.....	370
I. Die Ewigkeitsklauseln der Landesverfassungen.....	370
II. Das Homogenitätsgebot des Grundgesetzes	376
§ 13 Landesrechtliche und -politische Möglichkeiten der Umsetzung.....	388
I. „Herkömmliche“ Verfassungsänderung	388
II. Möglichkeiten der Volksgesetzgebung in den Ländern.....	390
III. Beurteilung der politischen Realisierbarkeit.....	402
§ 14 Zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Ergebnisse.....	410
I. Die Direktwahl als Element unmittelbarer Demokratie.....	410
II. Die demokratische Legitimation in den Bundesländern	412
III. Die Gewaltenteilung in den Bundesländern.....	413
IV. Die Orientierung der Landespolitik am Gemeinwohl.....	417
V. Die Direktwahl im Gefüge des deutschen Bundesstaates	419
VI. Die Beantwortung der Regierungssystemfrage für die Länder	421
VII. Zur Ausgestaltung des Regierungssystems.....	422
VIII. Weitere Reformschritte	423
IX. Zulässigkeit	424

X. Möglichkeiten der Umsetzung.....	424
Literaturverzeichnis.....	426
Sachwortverzeichnis.....	455